Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 23. November 1878. Nr. 550.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 22. November.

Präsident von Bennigsen eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.

Am Ministertisch: Justizminister Dr. Leonhardt mit zwei Kommissarien.

Tagesordnung: I. Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Ausführung der deutschen Civilprozeßordnung.

Zunächst erhält das Wort der Abg. Löwenstein. Derselbe bedauert, daß die alten Prozeßbücher nicht vollständig hätten abgeschafft werden können. Das Justizministerium habe zwar in anerkennenswerther Weise das Möglichste geleistet (Sehr richtig!), aber im Interesse der neu eintretenden Justizbeamten namentlich wünsche er die oben angedeutete Verbesserung eingeführt zu sehen. Er wünsche alle Justizvorlagen einer und zwar einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern zur Vorberathung zu überweisen.

Abg. Windthorst-Meppen spricht seine große Befriedigung darüber aus, daß gleich bei Zusammentritt des Landtags dieser und andere Gesetzentwürfe dem Hause zugegangen sind. Ebenso sei es erfreulich, daß, nachdem einmal die Justizorganisation beschlossen, dieselbe von Seiten der Regierung eine sehr rasche Förderung erfahre, denn es sei unter allen Umständen erforderlich, daß die Organisation rasch durchgeführt werde. Auch theile er die Anschauung des Vorredners, daß im Justizministerium mit Fleiß und großer Gründlichkeit gearbeitet worden. Er würde es deshalb gar nicht einmal für nothwendig halten, die Gesetzentwürfe in einer Kommission zu berathen, er wolle, da nun aber einmal eine kommissarische Berathung beliebt worden, nicht widersprechen und erklärte sich mit der Bildung einer Kommission von 21 Mitgliedern zur Vorberathung der vorliegenden Gesetze einverstanden.

Justizminister Dr. Leonhardt ist erfreut darüber, daß die Vorlage ihm Gelegenheit giebt, sich dahin zu äußern, daß es der Regierung stets fern gelegen habe, die Organisation am 1. Oktober 1879 nicht eintreten zu lassen. Die Regierung habe nicht den Wunsch hegen können, die Organisation vielleicht um ein halbes Jahr später eintreten zu lassen, nachdem aber ein dem entgegengesetzter Beschluß vorlag, sei die Regierung aufs Eifrigste bemüht gewesen, diesen Beschluß zur Ausführung zu bringen. Der Minister bemerkt dann weiter, daß die heute zur Berathung stehenden vier Ausführungsgesetze im sachlichen Zusammenhange stehen und daß es deshalb geboten sei, sie sämmtlich einer Kommission zu überweisen. In allernächster Zeit werde dem Hause noch der Entwurf eines Gesetzes über die Zwangsvollstreckung zugehen, der derselben Kommission zu überweisen sein werde. Die heute eingegangene Hinterlegungsordnung werde dagegen einer besonderen Kommission überwiesen werden müssen. Schließlich stellt der Minister als weitere Vorlage noch den Entwurf einer Gebührenordnung in Aussicht und bemerkt, daß die Kommission mit all diesen Vorlagen nicht große Arbeit haben, auch kaum die Neigung haben werde, sich in diese Materie zu vertiefen, denn sie sei im höchsten Grade langweilig. (Große Heiterkeit.) Jedenfalls werde die Kommission Freude an diesen Arbeiten nicht haben.

Abg. Thilo glaubt dem Minister auf dessen letzte Aeußerung erwidern zu müssen, daß eine aus Juristen zusammengesetzte Kommission sich niemals scheuen werde, einen ihr zur Prüfung vorliegenden Gegenstand mit der größten Gründlichkeit zu behandeln. Die Kommission werde sich in die Materie vertiefen, auch wenn der Gegenstand ein langweiliger ist. Redner freut sich über die Konnivenz des Abg. Windthorst, der im Interesse des baldigen Zustandekommens dieser Gesetze selbst auf die kommissarische Berathung derselben verzichten wollte. Es werfe das einen günstigen Schatten voraus in Bezug auf die Behandlung derjenigen Justizvorlagen, die sich gegenwärtig in Berathung des Herrenhauses befinden, namentlich des Gesetzes wegen der Kompetenzkonflikte.

In der weiteren Debatte sprechen noch die Abgg. Bähr (Cassel) und Windthorst (Bielefeld), die ebenfalls ihre Anerkennung über die sorgfältige Bearbeitung der Vorlagen dem Justizminister aussprechen und sich im Uebrigen kurz über die geschäftliche Behandlung derselben aussprechen.

Dann wird die Debatte geschlossen.

Abg. Windthorst-Meppen erwidert dem Abg. Thilo, daß er nur in Bezug auf die vorliegenden Gesetze gesprochen, die noch nicht vorliegenden Gesetze ignorire er vollständig.

Das Haus beschließt die Ueberreichung der Vorlage an eine besondere Commission von 21 Mitgliedern.

Derselben Commission werden ferner ohne Debatte überwiesen die Gesetzentwürfe

II. betreffend die Uebergangsbestimmungen zur deutschen Civilprozeßordnung und deutschen Strafprozeßordnung,

III. betreffend die Zwangsvollstreckung gegen Benefizialerben und das Aufgebot der Nachlaßgläubiger im Geltungsbereich des Allgemeinen Landrechts und

IV. der Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung einer Concursordnung.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Schluß 12 Uhr.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

Tagesordnung. Fünf kleinere Gesetzentwürfe, darunter die beiden Eisenbahnvorlagen.

Deutschland.

** Berlin, 22. November. Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung die Vorlage des Reichskanzlers bezüglich der Revision des Zolltarifs an die Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr überwiesen. Diese werden sich zunächst darüber zu äußern haben, welchen Umfang die Wirksamkeit der zu ernennenden Kommission annehmen soll. Die Kategorien für die Zusammensetzung der Kommission sind in dem Antrage enthalten; die weitere Aufgabe der Ausschüsse wird sein, die Vorschläge in Bezug auf die Personen vorzubereiten.

Alle Mittheilungen in Bezug auf die Konstituirung des Reichsschatzamts werden mir sowohl in Betreff der sachlichen als der persönlichen Angaben als unzutreffend bezeichnet. Es ist dahin namentlich auch die Angabe der „Weser-Zeitung" zu zählen, welche zu melden weiß, daß das Reichsschatzamt am 1. Januar unter der Direktion des Geh. Raths Michaelis in's Leben treten werde.

Die früher für Ende November in Aussicht genommene Sitzung der technischen Kommission für Seeschifffahrt wird nach der jetzt getroffenen Anordnung am 2. Dezember zu Berlin unter Vorsitz des Geh. Ober-Regierungsraths Dr. Rösing im Reichskanzleramte abgehalten werden. Auf der Tagesordnung steht außer den früher namhaft gemachten Vorlagen die in der gestrigen Sitzung des Bundesrathes der Kommission zugewiesene internationale Regelung der Havarie grosse.

Die deutsche Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung besitzt bekanntlich ein ausgebreitetes Netz unterirdischer Telegraphenlinien, welches sich von Berlin längs der vorhandenen Kunststraßen bis Straßburg im Elsaß und andererseits über Hamburg bis Kiel erstreckt. Es liegt in der Absicht, mit dem weiteren Ausbau dieses Netzes vorzugehen, um damit eine gesicherte telegraphische Verbindung des Centralpunktes des deutschen Reichs mit allen wichtigen Handelsplätzen, sowie mit den größeren Festungen desselben herzustellen. Bei der Kostspieligkeit unterirdischer Telegraphen-Anlagen ist es für die Reichs-Telegraphen-Verwaltung von hohem Werth, des Schutzes dieser Anlagen Seitens der Staats- und Gemeinde-Behörden versichert zu sein. Dem Wunsche des General-Postmeisters entsprechend, haben die Minister des Innern und des Handels die Provinzial-Behörden veranlaßt, die Aufmerksamkeit der Chausseebau-, Wasserbau- und Gemeinde-Verwaltungen auf die innerhalb ihrer Gebiete vorhandenen unterirdischen Verbindungen hinzulenken und dieselben anzuregen, etwaigen Beschädigungen solcher Verbindungen entgegenzutreten.

Die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft hatte mittelst Urkunde vom 23. Oktober 1872 die Konzession zur Anlage einer Eisenbahn von Magdeburg resp. von Dodendorf nach Erfurt erhalten, desgleichen zur Anlage einer Zweigbahn nach Hadmersleben. Die erwähnte Eisenbahn-Gesellschaft hat jetzt darauf angetragen, mit Rücksicht auf den inzwischen von ihr vollzogenen Ankauf der Magdeburg-Leipziger Bahn sie vom Bau der Strecke von Dodendorf nach Staßfurt und nach Hadmersleben zu entbinden und ihr statt dessen die Genehmigung zum Bau und Betrieb einer Bahn von Blumenberg über Egeln längs des rechten Bodeufers nach Staßfurt nebst einer Zweigbahn von Edgersleben nach Wolmirsleben zu ertheilen. Durch allerhöchste Konzessions-Urkunde vom 1. November d. J. ist diesen Anträgen Folge gegeben. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Bahnstrecken von Blumenberg nach Staßfurt und von Sangershausen nach Erfurt bis zum 1. Dezember 1880 betriebsfähig herzustellen.

Innerhalb der betreffenden Verwaltungskreise ist neuerdings die Frage erwogen worden, ob sich im Allgemeinen die Anstellung von Amtssekretären empfehle, welche mit ihrer Bestätigung und Vereidigung den Charakter öffentlicher Beamten erhalten würden. Die bezüglichen Erörterungen haben zu der übereinstimmenden Auffassung geführt, daß zu einer solchen Maßregel, abgesehen von sehr wenig zahlreichen Ausnahmefällen, ein praktisches Bedürfniß nicht gefunden worden sei. Die Anstellung solcher Amtssekretäre würde zu einer beträchtlichen Vermehrung der Amtskosten führen und birgt die Gefahr in sich, in dem Amtsvorsteher das Gefühl der persönlichen Verantwortlichkeit und das Interesse für die Verhältnisse des Amtsverbandes abzuschwächen. Auch möchte der Absicht des Gesetzes zuwider an die Stelle der persönlichen und unmittelbaren Verwaltung durch die Amtsvorsteher in manchen Fällen die Thätigkeit untergeordneter Bureaubeamten als Folge einer solchen Einrichtung treten. Andererseits dürfte an dem Grundsatze festzuhalten sein, daß die Zahl der mit der öffentlichen Beamtenqualität ausgestatteten Personen auf das nothwendigste Maß zu beschränken ist. Es wird daher von einer allgemeinen Anstellung von Amtssekretären entschieden Abstand genommen. Wo besondere Verhältnisse eine solche Maßnahme unerläßlich machen, soll streng darauf gehalten werden, daß die Thätigkeit der Amtssekretäre sich auf den Bureau- und Registraturdienst beschränkt.

Berlin, 22. November. Ueber den afghanischen Handel schreibt man der „N.-Z.":

Wenn sich von irgend einem Kriege je das Ende nicht absehen ließ, so ist das bei dem jetzt ausgebrochenen englisch-afghanischen der Fall. Zwar den englischen Einbruch in sein Hochland wird der Emir, wie man wenigstens in russischen Kreisen annimmt, nicht lange aufhalten können, aber die Schwierigkeiten, die militärischen und diplomatischen, beginnen erst, wenn die Engländer in Djellalabad und Kabul stehen. Man muß sich immer gegenwärtig halten, daß die Orientfrage nichts anderes ist als die Frage des Prestiges Englands und Rußlands. Daß letzteres sich vorläufig nicht in den Krieg mischt, darf man als feststehend betrachten, aber das Eine ist ebenso gewiß — der Verlauf der Ereignisse wird es vollinhaltlich bestätigen —, daß England die angekündigte „scientifische Grenzberichtigung" am Hindukusch nur in Verständigung mit Rußland wird vornehmen können.

Man kann, nachdem die Würfel gefallen sind, es nun ohne Anstand sagen, daß die Dinge beim Vertrag von St. Stefano sich in Mittelasien vermuthlich wiederholen werden, und daß die Rollen diesmal vertauscht sind; es wird England nicht erlaubt werden, das Khanat von der Landkarte zu streichen oder irgend eine Position zu behalten, welche die Päſſe nach Balkh beherrscht. Vermuthlich wird die englische Regierung hierauf auch nicht bestehen, es ist aber nicht wahrscheinlich, daß sich die russische Politik von den Eventualitäten überraschen läßt. Man kann daher annehmen, daß die Attrekkolonne unter Lomakin, bei der auch persische Abtheilungen stehen, ihren Marsch beschleunigt, um an den Murghab zu gelangen, während die ehemalige Dschamkolonne, von der noch ein Theil in Samarkand steht, ihre Aufgabe wieder aufnimmt. Beide Korps sind nicht stark, aber die entscheidenden Dinge werden in Mittelasien der Natur der Sache und des Landes nach mit verhältnißmäßig geringen europäisch gedrillten Streitkräften geleistet werden und im Uebrigen handelt es sich für jetzt um nicht mehr als um eine Beobachtung der Ereignisse im Thale des Kabulflusses. Und wie gesagt, an einer friedlichen Verständigung ist kaum zu zweifeln, denn die englischen und russischen Interessen begegnen sich auf so vielen Punkten, daß nur eine abenteuerliche Politik einen Konflikt provoziren möchte.

Die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel treten für die nächste Zeit in die zweite Linie. Man weiß, wie es scheint, in Livadia sehr gut, daß das englische Kabinet den Winterfeldzug trotz aller Bedenken noch beschlossen hat, weil es darauf rechnete, bis im Frühjahr, wo die Dinge in Rumelien liquid werden, eine Entscheidung herbeizuführen. Die Erwartung mag in Erfüllung gehen oder auch nicht, letzteres sicherlich, wenn die Verhältnisse sich verwickeln sollten und eine definitive Grenze zwischen dem englischen und russischen Mittelasien nicht zu Stande kommt.

— In Wiesbaden ist, laut Mittheilung der „Nordd. Allg. Ztg.", am 21. d. ein Dank-Telegramm des Königs Humbert von Italien als Antwort auf das Beglückwünschungstelegramm Sr. Majestät des Kaisers anläßlich der glücklichen Errettung aus schwerer Gefahr, eingegangen, welches in den wärmsten Ausdrücken den Dank des jungen Königs von Italien für die bewiesene Theilnahme des deutschen Kaisers aussprechen soll.

— Wie aus London gemeldet wird, will die englische Regierung eine Nach-Konferenz erst dann zugeben, wenn die Russen die Balkan-Halbinsel geräumt haben. Gleichzeitig verlautet, England fordere von Rußland die offizielle Zurückberufung der im Heere des Emirs von Afghanistan dienenden russischen Offiziere und Soldaten.

— Ein oft geäußerter Wunsch der historischen und diplomatischen Wissenschaft richtete sich auf Veröffentlichung deutscher Kaiser-Urkunden. Wie man hört, wird diesem Verlangen durch die preußische Archiv-Verwaltung in großem Umfange entsprochen werden. Es soll die Herausgabe von Photographien 400 solcher Kaiser-Urkunden aus dem 8. bis zum 16. Jahrhundert hin erfolgen. Das Unternehmen, welches 80,000 Mark Kosten verursacht, wird von dem Direktor der Staatsarchive, Professor v. Sybel, mit anderen namhaften Gelehrten geleitet und soll zunächst den Universitätsbibliotheken &c. zu Statten kommen.

— Die „Germ." hält es für nothwendig, jetzt ein lautes Wort über die Stellung der Centrumspartei und über ihre zukünftige parlamentarische Taktik zu sprechen. Sie sagt:

„Das Centrum steht den Verhandlungen — wenn wir die Beziehungen des heiligen Stuhles zu der preußischen Regierung so nennen wollen — vollständig unabhängig gegenüber; es ist ebenso wenig im Stande, sie zu fördern, wie sie zu verzögern; weder der apostolische Stuhl noch die preußische Regierung wird das Centrum über den etwaigen Verlauf derselben benachrichtigen noch über die Schwierigkeiten zu Rathe ziehen. Andererseits hat sich die Lage im Lande, dessen Interessen das Centrum zu vertreten hat, in keiner Weise zum Besseren gewendet. Die Offiziösen reden von Frieden, und die „Kampfesgesetze" werden mit derselben Schärfe ausgeführt, wie vordem; man stellt den Frieden in nahe Aussicht und schürt den Kampf mit den verwerflichsten Mitteln, die wir in jüngster Zeit wiederholt kennzeichnen mußten. Unter diesen Verhältnissen würde die Centrumsfraktion ihre Pflichten gegen ihre Wähler und gegen das ganze Land schwer verletzen, wenn sie nicht ebenso wie früher den berechtigten Klagen Ausdruck geben, Abhilfe für die von vielen Seiten einlaufenden Beschwerden verlangen und die Forderung auf eine völlige Aenderung der bisherigen Kirchenpolitik nachdrücklich erheben würde. Die Centrumsfraktion darf überzeugt sein, daß sie sich der vollkommensten Zustimmung der Wählerschaft erfreut, wenn sie unerschrocken und muthig, wie bisher, ihre Grundsätze auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens vertheidigt. Die zahlreichen Adressen und die Resolutionen großer Versammlungen bekunden diese Einmüthigkeit zwischen Wählern und Gewählten und bilden für das Centrum eine Genugthuung für die Verleumdungen der Offiziösen und zugleich auch eine Ermunterung, auszuharren in dem Kampfe, dessen Ende wir sehnlichst herbeiwünschen."

Wenn man diese Auslassung aufmerksam liest, so begegnet man in ihr kaum jener kampfesmüden Stimmung, welche die „Prov.-Korresp." neulich mit so viel Genugthuung konstatiren zu können glaubte. Es scheint, daß mit der Ankunft Windthorst's in Berlin ein anderer Wind durch die ultramontanen Blätter weht.

Ausland.

Wien, 21. November. Die Beziehungen zwischen Rußland und Rumänien treten wieder in den Vordergrund. Ausnahmsweise hat man über den Aufenthalt und diplomatischen Erfolg Graf Schuwalow's in Wien bisher noch sehr wenig erfahren. Im Ganzen hat es den Anschein, als könne der Botschafter nicht ganz befriedigt von seinen Arbeiten

sein, da bei aller Liebenswürdigkeit im äußeren Entgegenkommen die berufenen Organe nichts von dem üblichen „Alles in bester Ordnung“ oder dergl. zu sagen wußten, was darauf hätte hindeuten können, daß wenigstens in der allgemeinen Frage im Prinzip, wie man heute sagt, eine Uebereinstimmung hergestellt wäre. Indessen, Graf Schuwalow ist nicht ganz der Alltagsdiplomat und man thäte besser, auf Alltagsargumente sich ihm gegenüber nicht zu stützen. Wir machen darauf aufmerksam, daß unsere Spezialberichterstatter in Wien mehrmals ungünstige Meldungen über die Mission Schuwalows uns sandten und daß auch von anderer Seite Aehnliches verlautet. So schreibt heute „P. Ll.“:

„Alle Anzeichen sprechen wohl dafür, daß Rußlands Bestrebungen darauf gerichtet sind, die Zeitdauer der Okkupation über den vertragsmäßig festgesetzten Termin auszudehnen. Es wird uns versichert, daß Graf Andrassy an solchen Verhandlungen absolut keinen Theil hat, und es wird hinzugefügt, daß der gemeinsame Minister des Auswärtigen mit einem derartigen Schritte sein eigenes Programm, das ja „die allseitige und konsequente Durchführung des Berliner Vertrages“ proklamirt hat, arg kompromittiren würde. Nach einer anderen uns auf dem Umwege über Paris zugekommenen Nachricht wollte Rußland sich um jeden Preis eine Etappenstraße durch die Dobrudscha zur bequemen militärischen Verbindung Rußlands mit Bulgarien sichern. Wir glauben zu wissen, daß die Verhandlungen über dieses Thema einen Hauptpunkt der Diskussionen gebildet haben, die Graf Schuwalow in Budapest mit dem Leiter unserer auswärtigen Politik gepflogen hat, und wir erachten es als selbstverständlich, daß Graf Andrassy seine Vertragstreue in diesem Punkte damit bethätigte, daß er das russische Ansinnen höflich, aber entschieden zurückgewiesen hat.“

Daß die Etappenstraße auf der Tagesordnung war, konnte man auch aus der Haltung Rumäniens bemerken, welche eine solche war, daß das wenigstens sonderbare Gerücht sich verbreiten konnte, als wolle Rumänien einen Schutzbund mit der Pforte gegen Rußland abschließen. Eine rumänische Schutzbundpolitik fände es leichter, Oestecreich zu erreichen, als die Pforte, und gerade in Betreff Rumäniens ist die Eifersucht in Oesterreich leicht rege.

Der „W. Abend-P.“ wird andererseits aus Petersburg vom 11. d. Mts. geschrieben, es seien eigentlich nur lokale Verhältnisse zu ordnen, „namentlich die den Berliner Abmachungen entsprechenden Grenzen Montenegros und Griechenlands und die Unterdrückung der Unruhen in Rumelien, durch welche sowohl Christen wie Mohamedaner zu leiden haben.“

An solchen lokalen Unordnungen mangelt es allerdings auf der Balkanhalbinsel keineswegs. Die „P. K.“ bringt täglich Berichte, welche von größerer oder geringerer Feuergefährlichkeit die Dinge darstellen. Es mag ein gewisser Zusammenhang zwischen diesen Berichten des offiziösen Organs und dem Wunsch der Regierung nach Bewilligung des außerordentlichen Kredits für die Okkupation bestehen; allein im Ganzen darf man auch nicht zu sehr auf diese Kombination vertrauen, sondern wird wohl thun, die gefährliche Unterwühlung des Bodens jenseits des Balkans als fortschreitend sich vorzustellen und nicht den Frieden als zurückkehrend.

Paris, 21. November. Die Nachrichten von dem heute stattgehabten Duell zwischen de Fourtou und Gambetta haben ersichtlich im Publikum mehr Neugierde als wirkliche Sensation erregt, da man ziemlich allgemein die Ansicht aussprechen hört, daß ein solches Pistolenduell nicht ernsthaft zu nehmen sei, zumal sich jeder der beiden Gegner gewiß gehütet haben werde, zu treffen. Allerdings hatten die Duellanten überflüssigerweise zwei Aerzte mitgenommen. Die Zeugen Gambetta's waren Allain Targé und Clémenceau, die Zeugen de Fourtou's waren die bonapartistischen Deputirten Blin de Bourdin und Robert Mitchell. Durch das Loos bestimmt, hatte Clémenceau die Distanz zu messen und die Pistolen zu laden. Nach erfolgtem Kugelwechsel reichten sich die Zeugen die Hände, während Gambetta und de Fourtou den Hut lüfteten. Als Gambetta in der Deputirtenkammer erschien, wurde er von seinen Parteigenossen umringt und beglückwünscht.

Provinzielles.

Stettin, 23. November. Das preußische Gesetz wegen Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom Juni 1875 verlangt eine Zählung des Pferde- und Rindviehbestandes. Von jedem Haupt soll eine verschwindend kleine Abgabe erhoben werden, deren Betrag aber erst erhoben wird, wenn die Verzeichnisse vollständig angefertigt sind. Als Zählungstag ist der 3. Dezember bestimmt.

— Auf dem am 20. d. Mts. unter Vorsitz ihres Seniors, des Majors a. D. Rudolph von Lepel hierselbst, abgehaltenen Familientage des v. Lepel'schen Geschlechts wurde der Oberst-Lieutenant und Kommandeur des altmärkischen Ulanen-Regiments Nr. 16, Oscar v. Lepel, als Mitglied in den Familienrath gewählt.

— Dem Fleischermeister Burwitz in Grabow ist am Montag Abend zwischen 6 und 7 Uhr die Ladenkasse gestohlen, indem sich der Dieb vom Hausflure aus eingeschlichen hat. Demselben Herrn wurden in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag mehrere Stücke Fleisch im Werthe von 36 Mark gewaltsam aus dem Keller gestohlen.

Greifswald, 21. November. An unserer Hochschule beträgt die Zahl der Studirenden im Wintersemester 1878—79 503, und zwar: 1) bei der medizinischen Fakultät 223, 2) bei der philosophischen Fakultät 149, 3) bei der juristischen Fakultät 81, 4) bei der theologischen Fakultät 49. Außerdem sind zum Hören von Vorlesungen berechtigt 6 Personen, so daß die Gesammtsumme der an den Vorlesungen Theilnehmenden 509 beträgt. Im Sommer-Semester 1878 betrug diese Summe 530.

Vermischtes.

— Aus London wird uns geschrieben: Der junge Spanier Garcia, welcher am 16. Juli d. J. in Llangibby — sozusagen zum Zeitvertreib — eine ganze Familie, d. h. Vater, Mutter und drei Kinder, umgebracht, und, um alle Spuren seines Verbrechens zu verwischen, das von derselben bewohnte Haus in Brand gesteckt hatte, ist am Montag in Usk gehenkt worden. Die Bemühungen des spanischen Consuls und eines katholischen Geistlichen, den Verbrecher zu einem reumüthigen Bekenntniß seiner Schuld zu bewegen, blieben erfolglos; er beharrte bis zum letzten Augenblick auf seiner Unschuld. Das Publikum nahm in diesem Falle entschieden Partei gegen den Verbrecher. Als der Henker, Mr. Marwood, sein Werk gethan hatte, wurde er von einer ungeheuren Menschenmenge bis zum Bahnhofe von Usk begleitet, woselbst er im Restaurationslokal des Staatsgebäudes eine Art Levée abhielt. Man schüttelte sich die Hände, hielt Reden und beglückwünschte den Henker zu der Geschicklichkeit, mit welcher er seine Arbeit vollbracht hatte. Ein Redner versicherte ihn, daß die Anwesenden stolz auf ihn seien. Mr. Marwood dankte gerührt, indem er bemerkte, daß ihm nie zuvor ein solch herzgewinnender Empfang zu Theil geworden sei und sprach schließlich die Hoffnung aus, daß ihn ein freundliches Geschick recht bald wieder in die Nachbarschaft führen möge. (Ungeheurer Jubel.) Kann man wohl an eine derartige Rohheit glauben?

— (Ein Kompagniegeschäft.) Der in Pest erscheinende „Fövarost Lapok“ berichtet über folgenden raffinirten Gaunerstreich: In einem vornehmen Restaurant dinirt ein modisch gekleideter junger Mann. Er hat das Mahl verzehrt und ruft den Zahlkellner. Dieser erscheint, der Gast nimmt aus einer eleganten Brieftasche einen funkelnagelneuen Zehner, auf den er 8 fl. 30 kr. zurückerhält, der Zahlkellner zündete dann höflich die Regalia Flor des eleganten jungen Mannes an und entfernt sich zu einem anderen Tisch. Kaum hat der Dandy seine Cigarre bis zur Hälfte geraucht, als er heftig an das Glas, an die Flasche klopft: „Schicket doch den Zahlkellner her: er hat sich beim Rechnen geirrt.“ Der Kellner eilt herbei und der Gast schnauzt ihn an: „Sie haben mir nicht richtig zurückgegeben; ich hab' Ihnen einen Hunderter gegeben, keinen Zehner.“ — „Bitte, das ist unmöglich, ich erinnere mich genau, daß es ein Zehner war. Bitte nachzusehen.“ — Der junge Mann nimmt die Börse hervor und zählt nach: „Ich habe Recht. Geben Sie mir noch neunzig Gulden.“ — „Aber ich bitte, Sie irren. In meiner Brieftasche ist nur ein einziger Hunderter, den ich vorhin einem jungen Mann wechselte.“ — „Das ist mein Hunderter. Warten Sie, ich werde Sie gleich gefangen haben. Ich erinnere mich, daß ich auf die Note eine Zahl geschrieben habe, die Zahl 346185. Sehen Sie doch nach, sie wird darauf sein: 346185.“ — Auf der Note stand in der That diese Ziffer. Der Kellner bittet um Verzeihung und giebt noch neunzig Gulden zurück. Der junge Herr sagt: „Ein anderes Mal passen Sie besser auf“, macht noch einige behagliche Züge, nimmt seinen Ueberzieher und geht. Der Kellner sieht ihm betroffen nach, die Geschichte will ihm nicht in den Kopf. Und sie hat doch eine sehr einfache Lösung. Der junge Mann, dem der Kellner wirklich die Note gewechselt hatte, war ein Spießgeselle des zweiten und hatte im Einverständnisse mit diesem die Zahl 346185 auf die Note geschrieben. Es ist möglich, daß die beiden Industrieritter den Streich noch wiederholen.

— Der neueste Sensations-Prozeß in Petersburg, der gegen die Französin Marguerite Joujean wegen Vergiftung des $16^1/_2$jährigen Sohnes des Gendarm-Obersten Posnanski dauert fort. Die Joujean war eine Art Hausfreundin der Familie Posnanski, wo sie zugleich unterrichtete und die Anklageschrift behauptet, daß die 38jährige Französin zu dem $16^1/_2$jährigen Sekundaner sehr zärtliche Beziehungen unterhalten hatte. In der Anklageschrift ist u. A. gesagt, daß in Gegenwart der Eltern die Beiden sich häufig küßten und daß der Oberst Posnanski von dem jungen Nikolai zur Joujean als von „ihrem Kolja“ sprach. Am Ostertage dieses Jahres erkrankte der junge Nikolai plötzlich und zwar an den Rötheln. Die Joujean war sehr geschäftig, sowohl im Hause Posnanski, als auch außerhalb desselben, allen Freunden und Bekannten zu erzählen, die Rötheln seien, wie sie wisse, eine sehr gefährliche, oft auch tödtliche Krankheit. Es seien ihr Fälle bekannt, wo Leute ganz plötzlich an den Rötheln gestorben seien. Während die Mutter des kranken jungen Mannes sich zu einer Gesellschaft in einen Klub begeben hatte, hielt sich die Joujean allein am Bette des kranken jungen Mannes auf. Sie verließ dann das Haus, am anderen Morgen fand man den jungen Nikolai todt in seinem Bette. Sie war die Letzte, die bei ihm gewesen war. Der Arzt, der die Leiche besichtigte, bemerkte eine weiße Flüssigkeit, die er für Morphium hielt. Die Leiche wurde secirt und bei dieser Gelegenheit wurde eine Morphium-Vergiftung konstatirt. Zugleich war bei dem Chef der Polizei, damals noch dem General-Adjutanten Trepow, ein Brief in französischer Sprache eingegangen, dessen Handschrift man als die der Joujean erkannte und in dem der Verdacht ausgedrückt war, der Oberst Posnanski selbst sei der Mörder seines Sohnes gewesen. Der junge Mann seinerseits habe bereits drei Liebschaften gehabt, zuletzt eine mit einer Studentin, einer „Nihilistin der äußersten Richtung.“ Jetzt äußerte die Familie Posnanski ihren Verdacht gegen den Polizeihauptmann Trepow, der die Sache persönlich in die Hand nahm und die Joujean wurde verhaftet. Die ersten Zeugen, die vernommen wurden, sind der Vater und die Mutter des Todten, die indeß wesentlich Neues nicht aussagen, sondern nur den Hergang genau erzählten. — Ein Theil des Prozesses wird bei verschlossenen Thüren verhandelt, besonders gilt dies von gewissen Untersuchungen, die mit der Joujean vorgenommen sind, von der Aussage einer Wärterin und einzelner Bedienter des Posnanskischen Hauses.

— Ueber ein Stückchen, wie man in Rußland politische Verbrecher zu befreien sucht, berichtet die „Birsh. Wed“ Folgendes: Zu einem untergeordneten Kanzleibeamten des Charkow'schen Polizei-Bureaus kam eine unbekannte Persönlichkeit und bot demselben 500 Rubel, wenn er behülflich sein würde, auf Grund eines angeblich vom Chef der Gendarmerie, dem General Kowalinskij, unterzeichneten Papiers den Arrestanten Fomin bestimmten, als Gendarmen verkleideten Personen auszuliefern. Der Kanzleibeamte ging auf diesen Vorschlag ein und erhielt als Handgeld fünf Hälften von Hundert-Rubelscheinen. Die anderen Hälften sollte er bekommen, wenn das Vorhaben ausgeführt sein werde. An dem bestimmten Tage erschienen denn auch vor dem Gefängniß in einer Equipage vier Pseudo-Gendarmen. Drei derselben begaben sich in das Bureau des Gefängnisses und wiesen ein vom General Kowalinskij ausgestelltes Papier vor, nach welchem ihnen der Arrestant Fomin ausgeliefert werden sollte. Das Papier wurde geprüft, für genügend befunden, und eben sollte Fomin den Pseudo-Gendarmen übergeben werden, als plötzlich andere, ebenfalls vom General Kowalinskij abgeschickte Gendarmen erschienen, welche gleichfalls die Auslieferung des Arrestanten Fomin verlangten. Der Gefängniß-Inspektor war in großer Verlegenheit und befahl einfach, die erschienenen Gendarmen zu verhaften. Die Sache klärte sich natürlich sehr bald auf; nur waren die Pseudo-Gendarmen keine Bekannten von Fomin, sondern einfache Landstreicher, welche von den Freunden des Verhafteten für Geld für diese Mystifikation gewonnen waren.

— Um was man nicht den Kaiser Alles bittet!) Von Breslau aus ist dieser Tage ein Bittgesuch hierher an das kaiserliche Kabinet abgegangen, das wie folgt lautet: „Majestät, senden Sie ein paar Zeilen an meinen Robert, daß er mich heirathen soll und dann so lange er lebt Arbeit auf dem Bahnhofe hat, und wenn er mich nicht heirathen thut, gleich arbeitslos sein soll. Aber bitte, senden Sie bis zum nächsten Sonnabend, daß er am Sonntag wieder mit mir sprechen thut.“ . . . Und wenn Majestät nicht an „ihren Robert“ schreiben werde, dann erklärt die Bittstellerin, werde sie ganz gewiß in die Oder springen.

— Der Kronprinz hat von der Firma A. Verchin in Paris ein nach dem patentirten Everick'schen System konstruirtes Feldbett angenommen und gleichzeitig befohlen, daß mit derartigen, jedoch aus Segelleinwand und Buchenholz gefertigten Bettstellen, welche sich durch ihre einfache und höchst praktische Konstruktion auszeichnen, auf die Dauer von sechs Wochen in einem Militärlazareth Versuche angestellt werden sollten, um festzustellen, ob diese Erfindung auch für das Feldsanitätswesen verwerthet werden kann.

Literarisches.

Die **Steuer- und Wirthschaftsreformer** werden ihre nächste Versammlung kurz nach dem Wiederzusammentritt des deutschen Reichstages abhalten. Auf die Tagesordnung sollen folgende Gegenstände gesetzt werden: 1) Stellungnahme zu der Erklärung der Freien volkswirthschaftlichen Vereinigung des Reichstages; 2) wie kann der sozialdemokratischen Bewegung (außer durch das Sozialistengesetz) ein Ziel gesetzt werden? 3) die Handwerkerfrage. Weitere zu besprechende Themata auszuwählen, ist dem Präsidium überlassen. Näheres über die Zeit und das Lokal, in welchem die Generalversammlung stattfinden wird, wird s. Z. bekannt gegeben werden.

Viehmarkt.

Berlin, 22. November. **Es standen zum Verkauf: 328 Rinder, 768 Schweine, 656 Kälber, 155 Hammel.**

Da an den Freitagsmärkten für den Export selten oder nie gekauft wird, der lokale Bedarf aber, abgesehen von den schlechten Zeitverhältnissen auch, wie schon im vorigen Bericht erwähnt, durch massenhafte Einführung von Gänsen, Wild und auswärts geschlachtetem Vieh auf's Aeußerste beschränkt ist, verlief das heutige Geschäft fast leblos.

Von Rindern, Schweinen und Hammeln wurden nur einzelne Stücken so verschiedener Qualität verkauft, daß sich maßgebende Preise nicht angeben lassen; zu konstatiren ist nur, daß die Höhe des verflossenen Montages nicht einmal ganz erreicht wurde.

Kälber wurden trotz des nicht starken Auftriebes nur sehr langsam geräumt und erhielten mit Mühe je nach Qualität 30—55 Pf. pro 1 Pfd. Schlachtgewicht.

Telegraphische Depeschen.

Wiesbaden, 22. November. Der Kaiser befindet sich fortgesetzt im besten Wohlsein und hat heute Mittag einer Matinó bei dem Regierungspräsidenten von Wurmb beigewohnt.

Wien, 22. November. Die „Presse“ erfährt, daß die Nachricht, Graf Andrassy werde am Montag in dem Ausschusse der Oesterreichischen Delegation ein Exposé über die auswärtige Politik der Regierung geben, sich nicht bestätige. Graf Andrassy habe vielmehr erklärt, daß er die Rechtfertigung seiner Politik nicht im Ausschusse, sondern im Plenum führen und dem letzteren direkt seine Eröffnungen mittheilen werde.

Wien, 22. November. Meldungen der „Polit. Korresp.“:

Aus Konstantinopel vom 21. d.: Zwischen der Pforte und Griechenland sind neue Schwierigkeiten entstanden. Der türkische Vorschlag betreffs einer lediglich auf Thessalien beschränkten Gebietsabtretung hat in Athen eine ungünstige Aufnahme gefunden, die griechische Regierung beharrt vielmehr darauf, daß die Verhandlungen auf der Grundlage der einschlägigen Bestimmungen des Berliner Vertrages geführt werden. Da die Pforte hierzu nicht geneigt ist, wurde die Ernennung der türkischen Delegation verschoben.

Von Seiten des russischen Botschafters, Fürsten Lobanoff, ist, dem Vernehmen nach, in den letzten Tagen nichts mehr geschehen, um eine Pression auf die Pforte wegen Vereinbarung eines definitiven Friedensvertrages auszuüben. Die letzte Note der Pforte in Betreff der bulgarischen Insurrektion wurde vom Fürsten Lobanoff mit dem Hinweis auf die Ausschreitungen der Muselmänner gegen die Bulgaren beantwortet. Die russischen Truppen konzentriren sich immer enger und haben neuerdings Kavallerie- und Artillerie-Abtheilungen nach Kharirebol vorgeschoben.

Aus Bukarest: Aatardji ist zum ersten Civilkommissar für die Dobrudscha ernannt worden. Zum türkischen Gesandten bei der rumänischen Regierung wurde der erste Sekretär der türkischen Botschaft in Petersburg, Suleiman Bey, ernannt.

Aus Skutari: Die Häupter der albanesischen Liga haben bei ihrer letzten in Pritzrend abgehaltenen Versammlung beschlossen, in Konstantinopel die Anerkennung der Autonomie Albaniens unter türkischer Oberhoheit, die Anstellung eingeborener Beamten und den Gebrauch der albanesischen Sprache im offiziellen Verkehr zu fordern.

Pest, 22. November. In der heutigen Sitzung der Reichsrathsdelegation beantwortete Graf Andrassy die Interpellation des Delegirten Grocholski und Gen. in folgender Weise: Auch die Regierung habe Kenntniß davon erhalten, daß Rußland von der Türkei den Abschluß eines definitiven Friedensvertrages verlange, und daß der russische Botschafter, Fürst Lobanoff, geäußert habe, Rußland erachte sich zur Räumung des türkischen Gebietes erst 3 Monate nach Abschluß eines zu vereinbarenden definitiven Friedens verpflichtet. Die Regierung sei der Ansicht, daß die Bestimmungen des Vertrages von San Stefano, soweit dieselben nicht durch die Beschlüsse des Berliner Kongresses geändert wurden, für beide Pacisenten in Kraft bleiben. Ob zur Durchführung der Friedensbedingungen eine besondere Konvention erforderlich, sei eine Frage, die nur zwischen Rußland und der Türkei bestehe. Keinesfalls könne nach Auffassung der Regierung die Räumung des türkischen Gebietes von dem Zustandekommen einer neuen Konvention abhängig gemacht werden. Die Regierung habe dieser Ansicht auf mehrseitige Anfragen Ausdruck gegeben. Er (der Minister) habe übrigens in jüngster Zeit von autoritativer Seite die Versicherung erhalten, daß auch Rußland die oben erwähnte Aeußerung seines Vertreters als eine individuelle betrachte und nicht gesonnen sei, auf Annahme dieser Ansicht Seitens der Pforte zu bestehen. Was die Nachricht in Betreff der Einreihung russischer Soldaten und Offiziere in die bulgarische Miliz angehe, so sei dieselbe amtlich nicht bestätigt. Der Berliner Vertrag enthalte keine spezielle Bestimmungen über die bulgarische Miliz, deren Organisation der dortigen provisorischen Regierung zufalle. Der Vertrag setze aber sehr deutlich den Termin für die Räumung Bulgariens fest. Die Regierung betrachte es als ihre Aufgabe, für die allseitige Durchführung der Kongreßbeschlüsse mit allen Kräften zu wirken, sie befinde sich hierbei in voller Uebereinstimmung mit sämmtlichen Signatarmächten. Er könne hinzufügen, daß er noch jüngst von Seiten des russischen Kabinets die bündige Versicherung erhalten habe, daß Rußland auf der vollen Ausführung des Berliner Vertrags von türkischer Seite bestehen werde, aber auch seinerseits entschlossen sei, alle Punkte des Berliner Vertrages genau zu vollziehen.

London, 22. November. Ein Extrablatt der „Daily News“ enthält folgendes Telegramm aus Jumrood von heute: Die Afghanen haben Alimusjid in der vergangenen Nacht geräumt, nachdem die englische Brigade Tytler die hinter Alimusjid gelegenen Defiléen besetzt hatte. Unsere Truppen haben heute Morgen Alimusjid ohne Kampf besetzt.

London, 22. November. Wie die „Pall Mall Gazette“ erfährt, hat das Kabinet heute beschlossen, das Parlament für nächsten Monat einzuberufen, um demselben die auf die Afghanistanfrage bezüglichen Schriftstücke vorzulegen.

Neapel, 22. November. Die Untersuchung gegen Passavanti nimmt einen raschen Fortgang, es ist bereits eine große Anzahl von Zeugen vernommen worden, ebenso wird das Verhör derjenigen Personen fortgesetzt, die im Verdachte stehen, Mitschuldige Passavanti's zu sein.

Aus allen Theilen Italiens gehen dem Könige und der Königin noch immer Glückwunsch-Telegramme in großer Menge zu, auch zahlreiche Deputationen sind zur Beglückwünschung des Königs hier eingetroffen. In allen hiesigen Kirchen haben feierliche Tedeums stattgefunden, von mehreren Kolonien der sich hier aufhaltenden Ausländer wurden Adressen überreicht und Dankgottesdienste abgehalten.

Neapel, 22. November, Abends. Der König stattete heute Abend dem Ministerpräsidenten Cairoli einen Besuch ab und überreichte demselben dabei die goldene Tapferkeits-Medaille.